

Joachim C. Häberlen

Kameradschaft mit dem Messer?

Zum Zerfall des linksproletarischen Milieus in Leipzig am Ende der Weimarer Republik

Die deutsche sozialdemokratische Arbeiterbewegung war, vom Kaiserreich bis in die Weimarer Republik, mehr als Partei und Gewerkschaften.¹ Neben diesen Organisationen existierte eine Vielzahl von Freizeitorganisationen, mittels derer der Alltag von Arbeitern (und, weitaus weniger, Arbeiterinnen) durchdrungen werden sollte. So konnten Arbeiter in proletarischen Vereinen Sport treiben, singen, oder sich um ein proletarisches Begräbnis kümmern; ihre Kinder konnten sie von klein an in die Kinder- und Jugendorganisationen von Partei und Verbänden schicken: Sozialdemokrat von der Wiege bis zur Bahre, wie es sprichwörtlich hieß. In diesen Organisationen sollten Arbeiter im Alltag praktische Solidarität erlernen und verinnerlichen. Damit erlangte das Milieu, wie das umfassende Netz aus verschiedenen Organisationen in der Forschung beschrieben wurde, politische Relevanz, gründete sich die Kraft der Arbeiterbewegung in sozialen oder politischen Kämpfen doch auf diese Solidarität. Um die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, das Verhältnis von Demokratie und Sozialismus wie auch ihre politische Aktionsfähigkeit in krisenhaften Momenten zu verstehen, ist daher ein Blick über politische Strategien im engeren Sinne hinaus unerlässlich. Nur so lässt sich der letztlich erfolglose Kampf der Arbeiterbewegung gegen den Aufstieg des Nationalsozialismus am Ende der Weimarer Republik erklären, um den es in diesem Aufsatz gehen wird.²

Damit im Zusammenhang steht die Frage, wie sich Stärke und Zusammenhalt des Milieus erfassen lassen. Ein Mittel hierzu wäre, nach Mitgliedszahlen des »Vereinsmilieus« (Siegfried Weichlein) zu fragen, und zu analysieren, ob und wie es sich mit einem »poli-

1 Zur Geschichte der Sozialdemokratie vgl. beispielsweise *Vernon L. Lidtke*, *The Alternative Culture. Socialist Labor in Imperial Germany*, Oxford/New York etc. 1985; *ders.*, *The Outlawed Party. Social Democracy in Germany, 1878–1890*, Princeton, NJ 1966; *Dieter Groh*, *Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkriegs*, Frankfurt am Main/Berlin etc. 1973; *Hans Mommsen* (Hrsg.), *Sozialdemokraten zwischen Klassenbewegung und Volkspartei. Verhandlungen der Sektion »Geschichte der Arbeiterbewegung« des Deutschen Historikertages in Regensburg (Oktober 1972)*, Frankfurt am Main 1974; *Guenther Roth*, *The Social Democrats in Imperial Germany. A Study in Working-Class Isolation and National Integration*, Totowa 1963; *Richard Breitman*, *German Socialism and Weimar Democracy*, Chapel Hill, NC 1981; *Hannes Heer*, *Burgfrieden oder Klassenkampf. Zur Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaften 1930–1933*, Neuwied 1971; *Franz Ritter*, *Theorie und Praxis des demokratischen Sozialismus in der Weimarer Republik*, Frankfurt am Main 1981; *Gerhard A. Ritter*, *Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und die Freien Gewerkschaften*, Berlin 1963; *Thomas Welkopp*, *Das Banner der Brüderlichkeit. Die deutsche Sozialdemokratie vom Vormärz bis zum Sozialistengesetz*, Bonn 2000.

2 Vgl. zum Kampf der Sozialdemokratie gegen die Nationalsozialisten etwa *Wolfram Pyta*, *Gegen Hitler und für die Republik. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der NSDAP in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1989; *Donna Harsch*, *German Social Democracy and the Rise of Nazism*, Chapel Hill, NC 1993. Ich habe diese Literatur ausführlich diskutiert in *Joachim C. Häberlen*, *Rooms of Maneuver and Political Options. The German Working-Class Movement and the Rise of Nazism*, in: *Politics, Religion & Ideology* 14, 2013, S. 377–394.

tischen Sozialmilieu« ergänzte.³ Peter Lösche und Franz Walter argumentieren beispielsweise anhand von quantitativem Material, dass die »sozialdemokratische Arbeiterkultur«, womit sie vor allem das Netz an Arbeitervereinen meinen, in der Weimarer Republik ihre Blütezeit erlebte und auch ihren Klassencharakter bewahrte. Das Problem eines solchen vor allem auf Zahlen schauenden Ansatzes ist jedoch, dass die dynamischen und konfliktreichen Verhältnisse *innerhalb* der Vereine meist unberücksichtigt bleiben. Zwar betonen auch Lösche und Walter Spannungen und Brüche innerhalb der »sozialdemokratischen Solidargemeinschaft«, ein Begriff, den sie gegenüber dem des Milieus bevorzugen, aber dennoch bleibt ihr Bild letztlich zu statisch, da die Dynamiken und Konflikte des Milieus an der Basis kaum in den Blick geraten.⁴

Einen anderen Ansatz verfolgt Klaus-Michael Mallmann in seiner Studie zu Kommunisten in der Weimarer Republik. Mallmann nimmt Nahbeziehungen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten an der Basis in den Blick, um so zu zeigen, dass dort, im lokalen Rahmen, ein »linksproletarisches Milieu« existierte, das sowohl Kommunisten wie Sozialdemokraten umfasste, den offiziellen Differenzen der Parteien zum Trotz. Dieses Milieu blieb intakt und konnte gegen die nationalsozialistische Bedrohung mobilisiert werden, so Mallmann.⁵ Ob seine Ergebnisse, die er auch anhand von Leipzig gewinnt,

3 Zum Milieu in Weimar vgl. beispielsweise *Siegfried Weichlein*, Sozialmilieus und politische Kultur in der Weimarer Republik. Lebenswelt, Vereinskultur, Politik in Hessen, Göttingen 1996; *Wolfram Pyta*, Dorfgemeinschaft und Parteipolitik 1918–1933. Die Verschränkung von Milieu und Parteien in den protestantischen Landgebieten Deutschlands in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1996; *M. Rainer Lepsius*, Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der Gesellschaft, in: *Wilhelm Abel* (Hrsg.), Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte. Festschrift zum 65. Geburtstag von Friedrich Lütge, Stuttgart 1966, S. 371–393; *Thomas Adam*, Wie bürgerlich war das sozialdemokratische Milieu?, in: *Comparativ. Leipziger Beiträge zu Universalgeschichte und vergleichender Geschichtsforschung* 9, 1999, S. 30–42; *ders.*, Arbeitermilieu und Arbeiterbewegung in Leipzig 1871–1933, Köln 1999.

4 *Peter Lösche/Franz Walter*, Zur Organisationskultur der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik. Niedergang der Klassenstruktur oder solidargemeinschaftlicher Höhepunkt?, in: *GG* 15, 1989, S. 511–536.

5 *Klaus-Michael Mallmann*, Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996; *ders.*, Milieu, Radikalismus und lokale Gesellschaft. Zur Sozialgeschichte des Kommunismus in der Weimarer Republik, in: *GG* 21, 1995, S. 5–31. Zur Kritik an Mallmann: *Andreas Wirsching*, »Stalinisierung« oder entideologisierte »Nischengesellschaft«? Alte Einsichten und neue Thesen zum Charakter der KPD in der Weimarer Republik, in: *VfZ* 45, 1997, S. 449–466. Mallmann ging meines Erachtens überzeugend auf diese Einwände ein, vgl. *Klaus-Michael Mallmann*, Gehorsame Parteisoldaten oder eigensinnige Akteure? Die Weimarer Kommunisten in der Kontroverse – Eine Erwiderung, in: *VfZ* 47, 1999, S. 401–415. Vgl. in diesem Kontext zur KPD auch *Ulrich Eumann*, Eigenwillige Kohorten der Revolution. Zur regionalen Sozialgeschichte des Kommunismus in der Weimarer Republik, Frankfurt am Main 2007; *Catherine Epstein*, *The Last Revolutionaries. German Communists and Their Century*, Cambridge, MA 2003; *Eric D. Weitz*, *Creating German Communism, 1890–1990. From Popular Protests to Socialist State*, Princeton, NJ 1997. Zum Verhältnis von Kommunisten und Sozialdemokraten vgl. *Aviva Aviv*, *The SPD and the KPD at the End of the Weimar Republic. Similarity within Contrast*, in: *Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* 14, 1978, S. 171–186; *Andreas Dorpalen*, SPD und KPD in der Endphase der Weimarer Republik, in: *VfZ* 31, 1983, S. 77–107. Zum Verhältnis von KPD und Nationalsozialisten vgl. insbesondere die Arbeiten von *Conan Fischer*, *Class Enemies or Class Brothers? Communist-Nazi Relations in Germany, 1929–1933*, in: *European History Quarterly* 15, 1985, S. 259–279; *ders.*, *The KPD and Nazism. A Reply to Dick Geary*, in: *European History Quarterly* 15, 1985, S. 465–471; *ders.*, *The German Communists and the Rise of Nazism*, New York 1991, sowie *Dick Geary*, *Nazis and Workers. A Response to Conan Fischer's »Class Enemies or Class Brothers«*, in: *European History Quarterly* 15, 1985, S. 453–464.

tragen, ist aber zu hinterfragen. Entscheidend ist für den Moment sein methodischer Ansatz, weniger auf Mitgliedszahlen als auf soziale Praktiken an der Basis zu achten. Dieser Ansatz scheint mir gegenüber einer vor allem quantitativen Sichtweise insofern überlegen zu sein, als es ihm gelingt, Dynamiken innerhalb der Vereine und Milieustrukturen in den Blick zu nehmen.

Pamela Swett schließlich verfolgt in ihrer Lokalstudie zu Berlin einen ähnlichen Ansatz, indem auch sie vornehmlich nach sozialen Beziehungen an der Basis fragt. Allerdings spielen in ihrer Analyse weder die Organisationen der Arbeiterbewegung, Parteien oder Vereine, noch der Milieubegriff eine große Rolle. Vielmehr konzentriert sie sich auf die *Community* der Arbeiter in ihren Berliner Wohnquartieren. Arbeitern sei es, so Swett, vor allem darum gegangen, ihre lokale Autonomie gegenüber Autoritäten von außen, seien es Staat oder Parteien, zu verteidigen. Der Staat und andere nationale Institutionen verlor in diesem lokalen Rahmen ihre Autorität, weshalb Swett den Kollaps der Weimarer Republik in den Hinterhöfen und Straßen Berlins verortet. Zwar gelingt es Swett, die räumliche Komponente des Milieus zu fassen, allerdings verkennt sie, wie dieser Aufsatz anhand des Leipziger Beispiels zeigen wird, auch die Bedeutung von Parteipolitik und eben dem Vereinsleben für viele Arbeiter an der Basis.⁶

Dieser Aufsatz wird einige der vorgestellten Ansätze aufnehmen, um am Beispiel Leipzigs das linksproletarische Milieu am Ende der Weimarer Republik zu untersuchen. Ich übernehme dabei den Begriff des »linksproletarischen Milieus« von Mallmann, um so gemeinsame Bezugspunkte von Sozialdemokraten und Kommunisten, namentlich die Arbeiterklasse und ihre Traditionen sowie den Glauben an die Wichtigkeit einer geschlossenen Arbeiterbewegung, zu betonen, allerdings ohne von harmonischen Beziehungen zwischen Angehörigen beider Parteien an der Basis auszugehen. Den Ansätzen Swetts und Mallmanns folgend, werden dabei vor allem soziale und politische Praktiken an der Basis der Arbeiterbewegung untersucht. So lässt sich zeigen, dass und wie das Milieu am Ende der Weimarer Republik zunehmend erodierte, was zu einer Klärung der Frage beitragen soll, weshalb es seitens der Arbeiterbewegung nicht zu einem entschlosseneren Widerstand gegen die Nationalsozialisten kam.⁷ Dabei müssen selbstredend interpretatorische Schwerpunkte gesetzt werden. So wird sich der Aufsatz weder mit der zahlenmäßigen Entwicklung der Arbeitervereine beschäftigen noch mit den Auswirkungen der entstehenden Massenkultur auf die Arbeiterbewegung. Stattdessen wird der Aufsatz anhand dreier Themenbereiche Thesen entwickeln, wie sich die Erosion des Milieus beschreiben und erklären lässt. Erstens soll die *politische Gewalt* in den Arbeitervierteln untersucht werden; zweitens sollen die beiden Parteien der Arbeiterbewegung, SPD und KPD, und insbesondere die Rolle, die *Vertrauen und Misstrauen* sowohl innerhalb der Parteien selbst als auch in den Beziehungen zwischen ihnen spielte, analysiert werden; und drittens sollen die Auswirkungen der *Parteipolitisierung des Arbeitermilieus* in den Blick

6 Pamela E. Swett, *Neighbors and Enemies. The Culture of Radicalism in Berlin, 1929–1933*, Cambridge/New York etc. 2004.

7 Vgl. in diesem Kontext beispielsweise Alf Lüdtke, *Wo blieb die »rote Glut«? Arbeitererfahrungen und deutscher Faschismus*, in: ders. (Hrsg.), *Alltagsgeschichte. Zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebensweisen*, Frankfurt am Main 1989; Eve Rosenhaft, *Beating the Fascists? The German Communists and Political Violence, 1929–1933*, Cambridge/New York etc. 1983; Hans-Joachim Althaus u. a., *Da ist nirgends nichts gewesen außer hier. Das »rote Mössingen« im Generalstreik gegen Hitler. Geschichte eines schwäbischen Arbeiterdorfes*, Berlin 1982; Manfred Scharrer (Hrsg.), *Kampflose Kapitulation. Arbeiterbewegung 1933*, Reinbek 1984; Detlef Schmiechen-Ackermann (Hrsg.), *Anpassung, Verweigerung, Widerstand. Soziale Milieus, politische Kultur und Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Deutschland im regionalen Vergleich*, Berlin 1997; Frank Deppe, *Hätten die Gewerkschaften die Weimarer Republik retten können?*, in: *Das Argument* 22, 1980, S. 546–560.

genommen werden.⁸ Leipzig bietet sich dabei als Untersuchungsgegenstand an, da dort die Sozialdemokratie relativ links stand und es, wie in Sachsen generell, zu Beginn der Weimarer Republik zu einer Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten gekommen war. Es gab mithin lokale Traditionen der Kooperation.⁹ Die Erodierung des Milieus nicht zuletzt entlang parteipolitischer Gräben am Ende der Weimarer Republik ist daher umso erklärungsbedürftiger. Inwieweit sich die vorgestellten Befunde in Hinsicht auf die Politisierung des Alltags und die Rolle von Vertrauen und Misstrauen auf die Situation in anderen Städten übertragen ließen, müsste geklärt werden.

I. POLITISCHE GEWALT IN LEIPZIGS ARBEITERVIERTELN

Politische Gewalt in der Weimarer Republik und vor allem an deren Ende ist in der Forschung ausführlich untersucht worden.¹⁰ So wurde etwa gefragt, ob die zahlreichen Saal- und Straßenschlachten vor allem zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten einen Bürgerkrieg darstellten, der das politische Fundament der Republik untergrub. In der Forschung wird diese Frage mittlerweile zumeist verneint. Der Staat und seine Polizeikräfte seien, so argumentiert etwa Dirk Schumann, letztlich stets Herr der Lage geblieben. Gefährlich für die Republik war nicht unbedingt die Gewalt selbst, sondern vielmehr die Angst vor einem Bürgerkrieg, die den Nationalsozialisten Zulauf brachte. Für die nationalsozialistische Bewegung selbst hingegen hatte Gewalt, vor allem in dem »faschistischen Kampfbund« (Sven Reichardt) SA, eine vergemeinschaftende Funktion.¹¹ Ob dies in kommunistischen Wehrorganisationen ähnlich war, bliebe zu untersuchen.¹² Im sozialdemokratischen Reichsbanner hatte Gewalt jedenfalls keine solche Funktion.¹³ Schließlich analysierten Historikerinnen und Historiker wie Eve Rosenhaft, Pamela Swett oder Timothy

8 Dieser Aufsatz stellt die Ergebnisse meines Buches *Joachim C. Häberlen, Politik und Vertrauen im Alltag. Die Arbeiterbewegung in Leipzig und Lyon im Moment der Krise, 1929–1933/38*, Göttingen 2013, vor.

9 Zur Arbeiterbewegung in Leipzig vgl. *Adam, Arbeitermilieu und Arbeiterbewegung in Leipzig; ders./Michael Rudolf, Leipzig: Wiege der deutschen Sozialdemokratie*, Berlin 1996; *Sean Dobson, Authority and Upheaval in Leipzig, 1910–1920. The Story of a Relationship*, New York 2001; *Jesko Vogel, Der sozialdemokratische Parteibeizirk Leipzig in der Weimarer Republik. Sachsens demokratische Tradition*, Hamburg 2006.

10 Zur politischen Gewalt in der Weimarer Republik vgl. etwa *Eve Rosenhaft, Links gleich rechts? Militante Straßengewalt um 1930*, in: *Thomas Lindenberger/Alf Lüdtke* (Hrsg.), *Physische Gewalt. Studien zur Geschichte der Neuzeit*, Frankfurt am Main 1995, S. 238–275; *dies.*, *Gewalt in der Politik. Zum Problem des »sozialen Militarismus«*, in: *Jürgen Müller/Eckardt Opitz* (Hrsg.), *Militär und Militarismus in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1978, S. 237–259; *Dirk Schumann, Politische Gewalt in der Weimarer Republik 1918–1933. Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg*, Essen 2001; *Dirk Blasius, Weimars Ende. Bürgerkrieg und Politik 1930–1933*, Göttingen 2005; *Bernd Weisbrod, Gewalt in der Politik. Zur politischen Kultur in Deutschland zwischen den beiden Weltkriegen*, in: *GWU* 43, 1992, S. 391–404; *Richard Bessel, Politische Gewalt und die Krise der Weimarer Republik*, in: *Lutz Niethammer u. a.* (Hrsg.), *Bürgerliche Gesellschaft in Deutschland. Historische Einblicke, Fragen, Perspektiven*, Frankfurt am Main 1990, S. 383–395.

11 *Sven Reichardt, Faschistische Kampfbünde. Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Squadrismus und in der deutschen SA*, Köln 2002.

12 Vgl. hierzu *Carsten Voigt, Kampfbünde der Arbeiterbewegung. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und der Rote Frontkämpferbund in Sachsen 1924–1933*, Köln 2009. Allerdings handelt es sich bei Voigts Studie um eine relativ traditionelle organisationshistorische Arbeit.

13 *Benjamin Ziemann, Contested Commemorations. Republican War Veterans and Weimar Political Culture*, Cambridge/New York etc. 2013, Kap. 2 und 3.

Brown Gewalt als eine Art Arena, in der politische Akteure einerseits ihre Männlichkeit, andererseits ihre politische Radikalität unter Beweis stellen konnten.¹⁴

Im Folgenden soll politische Gewalt in Leipzigs Arbeitervierteln vor allem in Hinblick darauf untersucht werden, welche Auswirkungen sie im und auf das lokale Milieu hatte, insbesondere auf die Beziehungen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten.¹⁵ Schloss sich, wie Klaus-Michael Mallmann argumentiert, das »linksproletarische Milieu« im Moment der nationalsozialistischen Bedrohung zusammen, stärkte also eine gleichsam von außen eindringende Gewalt letztlich das Milieu an der lokalen Basis?¹⁶ Dieser Aufsatz wird zwar den Blickwinkel Mallmanns aufgreifen, aber in die gegenteilige Richtung argumentieren. Zwar ließ sich die lokale linke Arbeiterschaft in Momenten der Auseinandersetzung mobilisieren, wichtiger aber waren entzweiende und fragmentierende Auswirkungen der Gewalt. Die zahlreichen gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten führten zu einer Territorialisierung radikaler Politik, von der letztlich, und das ist entscheidend, auch Beziehungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten betroffen waren. Um ›ihr‹ Territorium zu verteidigen, griffen Kommunisten zwar meist, aber nicht nur gegen Nationalsozialisten, sondern auch gegen Sozialdemokraten zu Gewalt. Vom Bild eines relativ harmonischen linksproletarischen Milieus bleibt angesichts dieser Gewalt wenig übrig.

Politische Gewalt war auch in den Straßen Leipzigs endemisch, und in den Sommermonaten 1932 kam es zu einem Höhepunkt. Allein zwischen dem 17. Juni und dem 30. Juli 1932 gab es 364 Anzeigen wegen politischer Zwischenfälle, wobei die Statistik sowohl größere Schlägereien als auch kleinere Anrenpeleien beinhaltete.¹⁷ Eine Analyse der Aktenbestände des Polizeipräsidiums in Leipzig zwischen 1929 und 1933 förderte etwa 300 gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Anhängern verschiedener politischer Gruppierungen sowie der Polizei zutage.¹⁸ Die Polizeiakten erlaubten zudem, sowohl die Auseinandersetzungen als auch die Wohnadressen der Beteiligten geografisch zu verorten. Kaum überraschend kam es zu den meisten Zwischenfällen in den als Arbeiterviertel bekannten Stadtteilen, auf die Kommunisten Anspruch erhoben, sowie im bürgerlichen Stadtzentrum. Bemerkenswerter ist hingegen, dass Nationalsozialisten ebenfalls in diesen Vierteln, in direkter Nachbarschaft zu Sozialdemokraten und Kommunisten, wohnten. Sie waren, anders als es die kommunistische Propaganda glauben machen wollte, keine Eindringlinge von außen, sondern Teil der lokalen Szenerie. Wo Nationalsozialisten und Kommunisten Tür an Tür wohnten, kam es regelmäßig zu mehr oder weniger blutigen Auseinandersetzungen. Nachbarn wurden, mit Pamela Swett gesprochen, Feinde. Zumindest in Leipzig zeigt die sozialräumliche Analyse aber, anders als Swett anhand des Berliner Beispiels argumentiert, dass parteipolitisch codierte Konflikte in Form von ›kleiner‹ Gewalt, Anrenpeleien auf der Straße oder Beleidigungen im Treppenhaus, Teil des (für den Moment örtlich begriffenen) Milieus waren. Dies zeigt auch die Grenzen eines solchen sozialräumlichen Ansatzes, wenn Konflikte innerhalb des Milieus, wie sie im Vordergrund dieses Aufsatzes stehen, ausgeblendet werden.

Bei solchen gewaltsamen Zwischenfällen konnte es, wie das folgende Beispiel zeigt, durchaus zu einer breiten Mobilisierung der Anwohnerschaft kommen. Der Nationalsozia-

14 Vgl. *Rosenhaft*, Links gleich rechts?; *Timothy S. Brown*, Weimar Radicals. Nazis and Communists between Authenticity and Performance, New York 2009; *Swett*, Neighbors and Enemies.

15 *Vogel*, Der sozialdemokratische Parteibezirk Leipzig; *Dobson*, Authority and Upheaval; *Adam*, Arbeitermilieu und Arbeiterbewegung in Leipzig.

16 *Mallmann*, Kommunisten in der Weimarer Republik, S. 365–380.

17 Sächsisches Staatsarchiv Leipzig (SStAL), Polizeipräsidium (PP) V 4927 Reichstagswahlen.

18 Diese Zahl basiert auf der Durchsicht mehrerer Hundert Akten aus dem Polizeipräsidium Leipzig, SStAL, Serien PP S und PP St.

list Leuchtmann besaß ein Geschäft in der Lorckstraße, dessen Scheiben regelmäßig eingeworfen wurden. Als dies im Juli 1932 erneut geschah, hängte er ein Plakat neben die eingeworfene Fensterscheibe, auf dem es hieß: »Das sind die geistigen Waffen der SPD.« Rasch versammelte sich daraufhin eine Menge von etwa 150 Personen, unter ihnen viele Sozialdemokraten, wie die Drei-Pfeile-Abzeichen der 1931 aus SPD und Reichsbanner, den Freien Gewerkschaften und dem Arbeiter-Turn- und Sportbund (ATSB) gebildeten Eisernen Front verrietten, aber auch einige »linksextreme Elemente«, so Leuchtmann. Die Menge forderte Leuchtmann auf, das Plakat abzunehmen und drohte, seinen Laden zu stürmen, weshalb er seinen 10-jährigen Sohn zur Polizei schickte, um Hilfe zu holen. Um die Menge von der Erstürmung seines Hauses abzuhalten, zog er unterdessen einen Revolver. Der Polizei gelang es schließlich nach dem Eintreffen des zu Hilfe gerufenen Überfallkommandos, die Menge zu zerstreuen.¹⁹

Ein anderes Beispiel verdeutlicht hingegen, welches Konfliktpotenzial für nachbarschaftliche Verhältnisse das Nebeneinander von Nationalsozialisten und Kommunisten barg. Im Dezember 1931 kam es zu einem Disput zwischen Michael Kahn, einem Anhänger der NSDAP, und Walter Wantig, da Kahn Wantig den Umgang mit seiner Tochter verbieten wollte. Zwar ging Wantig ohne Weiteres davon, allerdings hatte Marinus Kesserich, ein KPD-Angehöriger, den Vorfall beobachtet, kam nun aus seiner Wohnung herunter und warf Kahn vor, die »Ehefrau Tham« wegen politischer Sachen denunziert zu haben, wobei allerdings unklar blieb, weshalb genau. Gemeinsam gingen Kesserich und Kahn zur Wohnung Thams, wo, so die Aussage Kahns, Kesserich ihm nichts nachweisen konnte. Dennoch wurde er im Treppenhaus von weiteren hinzugekommenen Kommunisten verprügelt. Kahn lief daraufhin zur Polizei, um Hilfe zu holen. Als diese eintraf, war es vor dem Haus zu einem Menschenauflauf gekommen, bei dem es zu weiteren Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und Kommunistinnen sowie einer im Haus wohnenden nationalsozialistischen Familie kam.²⁰ Gewalt richtete sich in dieser Situation mitnichten gegen eine im Sinne Swetts von außen eindringende Autorität, sondern vornehmlich gegen politisch verfeindete Nachbarn. Politische Gewalt konnte, wie das Beispiel zeigt, relativ spontan in alltäglichen Situationen ausbrechen.

Beide Fälle schildern Gewalt zwischen Nationalsozialisten und Anhängern der Linksparteien SPD und KPD. Um auch Gewalt zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten zu verstehen, die zwar rein quantitativ weniger häufig war als jene zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, aber für die Spaltung und den Zerfall des linksproletarischen Milieus an der Basis zentral war, müssen zwei weitere Aspekte der Gewalt ins Auge genommen werden. Erstens bargen jegliche politische Aktivitäten das Risiko, in gewaltsamen Auseinandersetzungen zu münden. Politische Veranstaltungen des Gegners wurden gesprengt, Demonstrationen gewaltsam angegriffen, Flugblattverteiler überfallen, und selbst das Tragen politischer Abzeichen konnte zu Schlägereien führen. Damit soll nicht behauptet werden, dass es bei allen politischen Aktivitäten, vor allem bei Wahlpropaganda, immer zu Gewalt kam, wohl aber, dass damit gerechnet werden musste. Parteien schützten daher beispielsweise ihre Flugblattverteiler mit Abteilungen ihrer jeweiligen Wehrformationen, was allerdings die Gefahr von gewaltsamen Auseinandersetzungen nur erhöhte. In diesem Sinne lässt sich meines Erachtens von einer Normalisierung potenzieller Gewalt, wenn auch nicht faktischer, sprechen. Das bedeutete auch, dass Gewalt gerade von Anhängern der radikalen Parteien als normaler Bestandteil politischer Auseinandersetzungen angesehen wurde.²¹

19 SStAL, PP S 3129, und SStAL, Landgericht Leipzig 5465. Namen sind hier und im Folgenden, mit Ausnahme prominenter Personen sowie Mordopfern, anonymisiert.

20 SStAL, PP S 1451.

21 Vgl., für weitere Beispiele, *Häberlen*, Politik und Vertrauen, Kap. 1.

Eine ebenso wichtige Bedeutung kommt der Territorialisierung von Politik durch Gewalt zu. Vor allem Kommunisten begriffen die zahlreichen Auseinandersetzungen mit Nationalsozialisten als Verteidigungsschlachten ›ihrer‹ Arbeiterviertel, in die Nationalsozialisten mittels Demonstrationen oder der berüchtigten Sturmtavernen einzudringen versuchten.²² Nachdem Kommunisten im Oktober 1930 eine nationalsozialistische Demonstration in Leutzsch angegriffen hatten, hieß es beispielsweise in der kommunistischen Sächsischen Arbeiterzeitung (SAZ): »Harte Proletarierfäuste verjagten die faschistischen Knüppelgarden aus den Straßen des Roten Westens.«²³ Gleichzeitig markierten Kommunisten ›ihre‹ Territorien mit Fahnen und Wandbemalungen, was sich nicht allein gegen Nationalsozialisten, sondern ebenso gegen die SPD richtete.²⁴ Ende Mai 1931 etwa behauptete die SAZ, die SPD hätte die Demonstration anlässlich ihres Parteitages vom Volk-marsdorfer Markt, einem traditionellen Versammlungsort der Arbeiterbewegung, wegverlegt, da sie dort am 1. Mai mit einem »Meer« aus roten Fahnen und Sowjetsternen begrüßt worden war.²⁵ Von besonderer Bedeutung für die Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten waren die Lokale der letzteren, die diese mitten in Arbeitervierteln eröffneten.²⁶ Das in Leipzig wichtigste dieser Lokale war der »Rosenkranz« in der Lützner Straße im Arbeiterviertel Lindenau. Immer wieder war das Lokal oder die Straße davor Ausgangspunkt für Schlägereien. Nur zwei Blocks davon entfernt, an der Kreuzung Merseburger- und Lützner Straße, befand sich die sogenannte »Epa-Ecke«, benannt nach einem dortigen Lebensmittelgeschäft, die ein Treffpunkt von Kommunisten war. Auch in dieser Gegend kam es immer wieder zu blutigen Auseinandersetzungen mit Nationalsozialisten.²⁷

Die Epa-Ecke war aber auch Schauplatz einer tödlichen Auseinandersetzung zwischen jungen Kommunisten und Sozialdemokraten im August 1931. Mitglieder der Sozialistischen Arbeiter-Jugend (SAJ) hatten dort mit der nötigen polizeilichen Erlaubnis Flugblätter verteilt, in denen die Politik der KPD kritisiert wurde. Schon nach kurzer Zeit wurden sie von jungen Kommunisten bedrängt, die den Ort für sich beanspruchten. »Die rote Epa-Ecke ist unser; wir werden euch wegbringen, und wenn einer liegenbleibt«, rief ein Kommunist. Ein anderer erklärte: »Hier werden keine sozialdemokratischen Flugblätter verteilt«, und riss den beiden SAJ-Angehörigen die Flugblätter aus der Hand. Die Situation eskalierte schnell, und noch bevor die sozialistischen Jugendlichen das sich in der Nähe befindende Reichsbanner mittels einer Pfeife zu Hilfe rufen konnten, hatte ein junger Kommunist den Ortsvereinsvorsitzenden der SAJ, Max Warkus, mit einem Messer erstochen.²⁸ Der Fall und vor allem die Sprache der Kommunisten, die ›ihre‹ Epa-Ecke vertei-

22 Vgl. in diesem Kontext *Detlef Schmiechen-Ackermann*, Nationalsozialismus und Arbeitermilieus. Der nationalsozialistische Angriff auf die proletarischen Wohnquartiere und die Reaktion in den sozialistischen Vereinen, Bonn 1998.

23 Sächsische Arbeiterzeitung (SAZ), 27.10.1930.

24 Vgl. etwa SAZ, 30.8.1930, SStAL, PP S 6726, PP S 8413. Zum Symbolkampf vgl. *Gottfried Korff*, Rote Fahnen und Geballte Fäuste. Zur Symbolik der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, in: *Peter Assion* (Hrsg.), Transformationen der Arbeiterkultur, Marburg 1986, S. 86–107; *Gerhard Paul*, Krieg der Symbole. Formen und Inhalte des symbolpublizistischen Bürgerkriegs 1932, in: *Diethart Kerbs/Henrick Stahr* (Hrsg.), Berlin 1932. Das letzte Jahr der ersten deutschen Republik. Politik, Symbole, Medien, Berlin 1992, S. 27–55. Zu Leipzig vgl. *Vogel*, Der sozialdemokratische Parteibeizirk Leipzig, S. 731.

25 SAZ, 27.5.1931.

26 Hierzu *Reichardt*, Faschistische Kampfbünde, S. 339–475.

27 Vgl. etwa SAZ, 6.8.1930, 18.8.1930 und 20.8.1930; SStAL, PP S 91 und PP S 6300.

28 Vgl. SStAL, PP St 92, Straßendemonstrationen und Zusammenstöße, Bl. 57, sowie Leipziger Volkszeitung (LVZ), 17.8.1931 sowie die folgenden Tage. Der Fall ist ausführlicher dargestellt in *Häberlen*, Politik und Vertrauen, Kap. 1.

digen wollten, belegt, dass die gewaltsame Territorialisierung von Politik, die sich sonst vornehmlich in Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten zeigte, auch das Verhältnis zwischen KPD und SPD an der Basis betraf. Wenn es um die Verteidigung ›kommunistischen‹ Territoriums ging, machte es für Kommunisten keinen Unterschied, gegen wen es verteidigt wurde.

Zwar blieb der Mord an Max Warkus der einzige tödliche Zusammenstoß zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, aber er hatte dennoch gravierende Auswirkungen für das lokale linksproletarische Milieu. Im Oktober des Jahres 1931 beispielsweise luden Jungkommunisten die SAJ zu einer »sachlichen und kameradschaftlichen Aussprache« ein, was die Jungsozialisten mit Verweis auf den Mord an Warkus – »Kameradschaft – mit dem Messer?« – ablehnten.²⁹ Dieser Feindschaft zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, die sich auch in weniger dramatischen Beispielen findet, standen nur wenige Fälle von gemeinsamem Vorgehen gegen Nationalsozialisten gegenüber.

Solche direkten Akte der Gewalt waren aber nicht die einzige Art und Weise, wie Gewalt Gräben zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten treiben konnte. Beide Parteien interpretierten und bewerteten Gewalt auch unterschiedlich. Aus Sicht der sozialdemokratischen Leipziger Volkszeitung (LVZ) handelte es sich bei der Straßengewalt lediglich um eine »Rowdy-Politik«, mit der »keine Welt zu ›erneuern‹« sei.³⁰ In dieser Hinsicht glichen sich auch angeblich Kommunisten und Nationalsozialisten. So schrieb die LVZ über ein vor Gericht stehendes Mitglied der kommunistischen Antifa: »Wenn der rote Schlips und das rote Ärmelabzeichen nicht wäre, könnte man annehmen, einen Jünger Mussolinis vor sich zu haben. Vielleicht ist diese Antifa-Uniform das beste Symbol heutiger KPD-Politik. Faschismus mit roter Drapierung.«³¹

Die kommunistische SAZ hingegen lobte die Militanz der Arbeiter im Kampf gegen die Nationalsozialisten. Nach heftigen Straßenschlachten am Volkmarksdorfer Markt im Juni 1932 schrieb das Blatt beispielsweise: »SPD-, Reichsbanner und KPD-Arbeiter standen an den Eingängen der Straßen des Viertels bereit, mit ihrem Leben Frauen und Kinder gegen einen Mordüberfall der braunen Mordpest zu schützen.«³² Ob allerdings wirklich auch Sozialdemokraten an diesen Auseinandersetzungen beteiligt waren, oder ob die SAZ nur einen solchen Eindruck vermitteln wollte, muss offenbleiben. Andererseits kritisierte das Blatt die SPD, die fernab von den Geschehnissen Versammlungen abhielt, während sich Kommunisten dem Straßenkampf mit den Nationalsozialisten stellten.³³ Hier zeigt sich eine auch durchaus an der Basis vorhandene unterschiedliche Vorstellung darüber, wie Politik in der Praxis vorzustattgehen sollte, die im dritten Abschnitt weiter auszuführen sein wird. Es war nicht nur Gewalt selbst, sondern auch der Umgang mit ihr, der Kommunisten und Sozialdemokraten trennte.

II. MISSTRAUEN IN UND ZWISCHEN DEN PARTEIEN DER ARBEITERBEWEGUNG

Die Beziehungen zwischen den Parteien der Arbeiterbewegung, KPD und SPD, waren nicht nur durch Gewalt, sondern mehr noch durch ein tiefes Misstrauen geprägt.³⁴ Der Begriff des Misstrauens, und damit auch derjenige des Vertrauens, bedarf einer kurzen

29 LVZ, 1.10.1931.

30 LVZ, 3.7.1931.

31 LVZ, 7.3.1930.

32 SAZ, 27.7.1932.

33 Vgl. beispielsweise SAZ, 29.4.1929.

34 Vgl. hierzu auch mit mehr Details *Joachim C. Häberlen*, »Meint Ihr's auch ehrlich?« Vertrauen und Misstrauen in der linken Arbeiterbewegung in Leipzig und Lyon zu Beginn der 1930er Jahre, in: GG 36, 2010, S. 377–407.

Erläuterung. Vertrauen soll hier im Anschluss an soziologische Theoretiker wie Niklas Luhmann und Anthony Giddens als ein Mittel verstanden werden, das einen Umgang mit einem Mangel an verlässlicher Information ermöglicht.³⁵ Zu vertrauen bedeutet, so ließe sich formulieren, jemandem zu glauben, dass er oder sie die Wahrheit in Bezug auf Identität, Motive oder Vergangenheit sagt; zu misstrauen bedeutet, hieran zumindest Zweifel zu haben. Vertrauen wird somit in Situationen relevant, in denen man unsicher ist, ob das Gegenüber die Wahrheit sagt oder lügt. Wusste man nicht, ob ein vorgegeblicher Genosse wirklich ein Genosse, oder nicht doch ein Spitzel war, wusste man nicht, ob die Angebote zur Zusammenarbeit seitens der KPD ehrlich gemeint waren, so musste man vertrauen oder eben nicht.

Sowohl Vertrauen als auch Misstrauen muss erlernt werden. Es bedarf gleichsam einer Art sekundärer Information, ob man vertrauen kann oder nicht. In der Formulierung von Niklas Luhmann:

»Vertrauen wird, weil die Wirklichkeit für eine reale Kontrolle zu komplex ist, mit Hilfe symbolischer Implikationen kontrolliert, und dazu dient ein grob vereinfachtes Gerüst von Indizien, die nach Art einer Rückkopplungsschleife laufend Informationen darüber zurückmelden, ob die Fortsetzung des Vertrauens gerechtfertigt ist oder nicht.«³⁶

In Leipzig aber lernten Kommunisten und vor allem Sozialdemokraten, dass sie sich weder gegenseitig noch ihren eigenen Parteigenossen vertrauen konnten. Die Praktiken, mittels derer sie dies lernten, sollen im Mittelpunkt dieses Abschnitts stehen.

Den politischen Akteuren in Leipzig, insbesondere Kommunisten, war bewusst, wie wichtig Vertrauen war, beziehungsweise welch großes Problem ein Mangel an Vertrauen darstellen konnte. Immer wieder klagten etwa Berichte von Fabrikzellen, die Arbeiter hätten kein Vertrauen in die Kommunistische Partei³⁷, während Kommunisten versuchten, das Vertrauen »ehrlicher« sozialdemokratischer Arbeiter zu erlangen, die anders als ihre Führung nicht als Verräter angesehen wurden.³⁸ Die Mittel, die Kommunisten dabei anwandten, waren allerdings eher dazu geeignet, Misstrauen denn Vertrauen zu schaffen. Insbesondere die verbreitete Praxis von Kommunisten sich als Sozialdemokraten auszugeben, trug zu einem solchen Misstrauen bei.

Das eindrücklichste Beispiel für eine solche Praxis liefert wohl der Bericht einer KPD-Instrukteurin aus Berlin, die im Juni 1932 Leipziger Kommunistinnen anleiten sollte, auf einer sozialdemokratischen Frauendemonstration gegen den Krieg unter den Anhängerinnen der SPD zu agitieren.³⁹ Die Instrukteurin selbst gab sich am Tag der Demonstration, so wenigstens schrieb sie es in ihrem Bericht, als Sozialdemokratin aus Berlin aus, die allerdings in Opposition zur Parteiführung stand. Im Gespräch versuchte sie einerseits das persönliche Vertrauen der (echten) Sozialdemokratinnen zu gewinnen, andererseits aber

35 Zu »Vertrauen« vgl. *Niklas Luhmann*, *Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität*, Stuttgart 2000 (Erstveröffentlichung 1968); *Ute Frevert* (Hrsg.), *Vertrauen. Historische Annäherungen*, Göttingen 2003; *Jan Philipp Reemtsma*, *Vertrauen und Gewalt. Versuch über eine besondere Konstellation der Moderne*, Hamburg 2008; *Martin Hartmann/Claus Offe* (Hrsg.), *Vertrauen. Die Grundlagen des sozialen Zusammenhalts*, Frankfurt am Main 2001; *Anthony Giddens*, *The Consequences of Modernity*, Cambridge 1990.

36 *Luhmann*, *Vertrauen*, S. 35f.

37 So etwa in einer kommunistischen Broschüre zum Textilarbeiterkampf 1932, vgl. Broschüre zum Textilarbeiterkampf 1932, Bundesarchiv (BArch), RY 1 I/3/8-10/146, Parteiarbeiterkonferenz.

38 Vgl. *Ernst Thälmann*, *Wie schaffen wir die Rote Einheitsfront? Thälmanns Antwort auf 21 Fragen von SPD-Arbeitern* (Juli 1932), in: *ders.*, *Reden und Aufsätze. 1930–1933*, Bd. II, Köln 1975, S. 164–188.

39 Instruktorsbericht über die Arbeit zur SPD-Frauendemonstration, 5.6.1932, BArch, RY 1 I/3/8-10/155, Rundschreiben, Berichte, Schriftwechsel der Abteilungen des UB Leipzig, Bl. 53–69.

auch diese davon zu überzeugen, dass sie Kommunistinnen und Kommunisten vertrauen könnten. In Berlin, so erzählte sie, würden Sozialdemokratinnen und Kommunistinnen gegen die Nazis im Häuserblock zusammenarbeiten. Dort hätten die Kommunistinnen das »größte Vertrauen« in SPD-Mitglieder. Die Sozialdemokratinnen in Leipzig aber hatten andere Erfahrungen mit KPD-Angehörigen gemacht. Kommunistinnen wären nichts als »Radauweiber«, mit denen man nicht zusammenarbeiten könne. Sie schickten »junge Bengels« vor, die den Sozialdemokratinnen ins Gesicht spuckten, und als die SAJ in Chemnitz der kommunistischen Jugend vorschlug, gemeinsam eine Kundgebung gegen den Krieg zu organisieren, wollten die Kommunisten dies nur unter ihrer Führung tun, so berichteten Sozialdemokratinnen. »Da siehste doch wie unehrlich die Kommunisten ihre Rote Einheitsfront auffassen«, kommentierte eine Sozialdemokratin die Geschehnisse in Chemnitz. In den Diskussionen mit den SPD-Anhängerinnen ging es der kommunistischen Instrukturin nicht darum, die Politik der KPD-Führung zu verteidigen. Vielmehr versuchte sie die Sozialdemokratinnen davon zu überzeugen, dass Kommunistinnen keine »Radauweiber« seien und dass diese nur wollten, »dass die Arbeiter wirklich zusammenkommen«. Das Vertrauen, um das die Instrukturin rang, basierte aber letztlich einzig auf einem Betrug.

Interne Dokumente der KPD belegen, dass Kommunisten immer wieder als Sozialdemokraten auftraten. So konnten lokale Parteigliederungen beispielsweise mittels vorgefertigter Karten Redner bei der Parteizentrale bestellen, darunter auch »SPD-Arbeiter«. Kritische »sozialdemokratische« Stimmen scheinen, zumindest theoretisch, auf Abruf bereitstanden zu haben.⁴⁰ Sozialdemokraten wiederum gelang es mehr als einmal, solche kommunistischen Spitzel zu enttarnen. Im Anschluss an den kommunistischen Reichsjugendtag 1930 etwa zitierte die LVZ aus einem angeblichen Rundschreiben der KPD-Zentrale, in dem es geheißen hatte, es wäre »ratsam, dass vorhandene SPD- und SAJ-Abzeichen von wenig bekannten Genossen getragen werden, um den Eindruck zu erwecken, dass diese oppositionelle Sozialdemokraten sind«. Berichte in der kommunistischen Presse über eine angebliche Beteiligung von Abteilungen der SAJ an der Demonstration seien daher, so die LVZ, nichts als Lügen.⁴¹

Der Einsatz solcher falscher Sozialdemokraten schuf zweifelsohne ein gehöriges Misstrauen aufseiten der SPD gegenüber Kommunisten. Wie sollte man Kommunisten für ehrlich halten, wenn sie nicht einmal davor zurückschreckten, sich als Sozialdemokraten auszugeben? Auch Historikerinnen und Historiker sollten angesichts dieser Taktiken gegenüber Berichten über eine Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten Skepsis walten lassen.⁴² Gleiches gilt für angebliche Parteiübertritte von der SPD zur KPD. Solche Überläufer waren in Wahrheit, so behauptete wenigstens die LVZ, oft schon lange Mitglieder der KPD gewesen, die nur angebliche Übertritte inszenierte.⁴³ Kommunisten andererseits verdächtigten ehemalige Nationalsozialisten, weiterhin für den Gegner tätig zu sein, hatten aber auch selbst Spione innerhalb der NSDAP.⁴⁴ Damit soll zwar nicht behauptet werden, dass es keine wirklichen Parteiwechsel gab, wohl aber wäre die Frage

40 [Referentenbestellung], BArch, RY 1 I/3/8-10/154, Rundschreiben, Berichte, Schriftwechsel des UB Leipzig, Bl. 109f.

41 LVZ, 26.4.1930.

42 Sowohl Donna Harsch als auch Klaus-Michael Mallmann treten entsprechenden Quellen meines Erachtens mit nicht genug Skepsis gegenüber, vgl. *Harsch*, *German Social Democracy*, S. 377f.; *Mallmann*, *Kommunisten in der Weimarer Republik*, S. 197.

43 Vgl. etwa LVZ, 15.2.1930, 12.9.1930 und 14.11.1932.

44 Vgl. SStAL, PP S 136. Für ein Beispiel eines kommunistischen Spions in der NSDAP vgl. Bericht über H. P., BArch, RY 1 I/2/3/123, Bl. 240ff. Vgl. in diesem Kontext auch *Brown*, *Weimar Radicals*.

zu stellen, ob solche Übertritte nicht weiter zu einer allgemeinen Verunsicherung darüber, wem vertraut werden konnte und wem nicht, beitrugen. Wer konnte schließlich wissen, ob der neue Genosse wirklich ein Genosse war?

Kommunistische Unterwanderungsversuche der SPD schürten aber nicht nur Misstrauen gegenüber Kommunisten, sondern auch innerhalb der SPD. Im November 1931 war es einem kommunistischen Spitzel gelungen, an für die SPD äußerst ungünstiges Material zu gelangen, das anschließend reichsweit in der kommunistischen Presse veröffentlicht wurde. Sozialdemokratische Funktionäre waren verständlicherweise verärgert. So behauptete ein Funktionär namens Sandmann auf einer Versammlung in Leipzig, die Partei sei von kommunistischen Spitzeln durchsetzt – keine unplausible Behauptung, wenn man bedenkt, dass wir von dem Vorfall nur wissen, weil ein kommunistischer Spion auf der Versammlung anwesend war. »Wenn man sie [die Spitzeln] entdeckt, darf mit ihnen nur proletarisch abgerechnet werden«, rief Sandmann. »Jeder sehe seinen Nachbarn an und prüfe, damit wir in dieser Situation politisch rein sind, vor allem in unseren höchsten Funktionsstellen.«⁴⁵

Angesichts dieser Ereignisse hatte die Partei beschlossen, »von jedem Funktionär eine Unterschriftserklärung zu verlangen, ob er der Partei treu bleiben will, das heißt, ob er die Partei nach außen hin vertritt und jede Spaltung entschieden bekämpft«, wie der Bericht des KPD-Spitzels festhielt. Zwar unterschrieben die meisten Funktionäre die Erklärung, aber einige ältere Genossen wiesen das Ansinnen zurück. »Sandmann sagt, diese Listen würden gut aufbewahrt, für wichtige Momente. Genossen, hat man so eine Angst vor der Mitgliederflucht?« Daher weigerte sich der namenlos bleibende Funktionär, die Liste zu unterschreiben, um später nicht unter Druck gesetzt werden zu können. Ein anderer angesehener Funktionär namens Döhler erklärte: »Eine Partei, die das Vertrauen auf ihre Funktionäre hat, braucht für deren Treue keine Unterschriften. Sind wir denn politische Wickelkinder, dass man uns nicht traut. Wir arbeiten, aber spielen lassen wir nicht mit uns.« Offenbar war zumindest dieser Funktionär zutiefst enttäuscht über den Mangel an Vertrauen, den ihm seine Parteiobere entgegenbrachten.

Kommunisten, so lässt sich abschließend festhalten, versuchten Sozialdemokraten immer wieder davon zu überzeugen, dass sie »ehrlich« mit ihnen gegen die Nationalsozialisten kämpfen wollten, sowohl mit ihrer Propaganda als auch indem sie sich als »oppositionelle Sozialdemokraten« ausgaben, die vorgaben, dass ein Vertrauen zwischen beiden Lagern existierte. Da solche kommunistischen Spione aber immer wieder enttarnt wurden, erreichten sie in der Praxis das Gegenteil. Sozialdemokraten lernten auf vielfältige Weise, dass sie Kommunisten gerade nicht vertrauen konnten, aber eben auch nicht unbedingt ihren eigenen Parteigenossen, da sie nie sicher sein konnten, dass diese nicht in Wahrheit und insgeheim Mitglieder der KPD waren.

Eine weitere Praxis, die in diesem Kontext Beachtung verdient, sind Denunziationen.⁴⁶ Auf den ersten Blick sind Denunziationen Misstrauensbeweise par excellence. Wer einen anderen an die Polizei denunziert, dem wird wohl kaum vertraut werden können. Bemerkenswert ist nun der öffentliche Aspekt zahlreicher Denunziationen in Leipzig, sei es,

45 Bericht von der Bezirksfunktionärsversammlung in Leipzig Ost, 20.11.1931, BArch, RY 1 I/2/705/23, Militärpolitische Arbeit, Bl. 252ff., dort auch die folgenden Zitate. Der genaue Inhalt des Materials und inwiefern dieses ungünstig für die SPD war, ließ sich leider nicht ermitteln.

46 Zu Denunziationen vgl. vor allem *Klaus-Michael Mallmann, Zwischen Denunziation und Roter Hilfe. Geschlechterbeziehungen und kommunistischer Widerstand 1933–1945*, in: *Christl Wickert* (Hrsg.), *Frauen gegen die Diktatur. Widerstand und Verfolgung im nationalsozialistischen Deutschland*, Berlin 1995, S. 82–97; *Sheila Fitzpatrick/Robert Gellately* (Hrsg.), *Accusatory Practices. Denunciation in Modern European History, 1789–1989*, Chicago 1997.

dass Sozialdemokraten offen dazu aufriefen, kommunistische »Mordhetzer« bei der Polizei anzuzeigen, sei es, dass Kommunisten Streikbrecher oder sozialdemokratische »Verräter« gegenüber der lokalen Arbeiterklasse denunzierten.⁴⁷ Mittels solcher in die Öffentlichkeit getragener oder an die Öffentlichkeit adressierter Denunziationen wurden einerseits die Regeln der Gemeinschaft, andererseits ihre Grenzen definiert. So wurden mittels Denunziationen, das ist hier der entscheidende Punkt, zwei unterschiedliche lokale Arbeiterklassen in der Praxis konstituiert, eine sozialdemokratische, in der »Mordhetze« keinen Platz hatte und in der die Polizei als legitime Ordnungsmacht akzeptiert wurde, und eine kommunistische, in der Regelverletzungen wie Streikbrucharbeit nicht von der Polizei, sondern von Nachbarinnen und Nachbarn geahndet werden musste. Dabei waren Denunziationen selbst in beiden Milieus, sowohl innerhalb des kommunistischen wie auch des sozialdemokratischen, verpönt, und so wurden Denunzianten von der Gegenseite oft selbst öffentlich bloßgestellt, um zu zeigen, dass dem Gegner nicht vertraut werden konnte. Zwei miteinander verwobene Beispiele veröffentlichter Denunziationen sollen hier als Illustration genügen.

Unter der Schlagzeile »Eine Schande für die Arbeiterschaft. Reichsbannermann wird zum Verräter und liefert klassenbewussten Arbeiter der faschistischen Justiz aus« berichtete die SAZ am 12. Mai 1932 über den Reichsbannerangehörigen Kurz, dessen Adresse die SAZ ebenso veröffentlichte. Kurz hatte, so die SAZ, im August 1931 ein kommunistisches Flugblatt in seinem Briefkasten gefunden und daraufhin die Polizei über einen Kommunisten informiert, der angeblich verdächtige Pakete erhielt. Bei einer Durchsichtung fanden die Beamten tatsächlich illegale Flugblätter sowie eine Liste mit Adressen von Polizeibeamten. Gegen den Kommunisten wurde daraufhin ein Verfahren wegen Hochverrats eingeleitet, das im Mai 1932 mit einer Haftstrafe endete.⁴⁸

Wenige Tage später, am 20. Mai 1932, berichtete die LVZ dann über kommunistische Flugblätter, die Kurz als Polizeispitzel und Arbeiterverräter denunzierten und selbst seine Mutter, Fürsorgepflegerin und Schöffin am Jugendgericht, angriffen. Nun sei zu befürchten, dass Kommunisten Kurz überfallen würden. Die Zeitung forderte daher ihre Leserschaft auf, »nichts unversucht [zu] lassen, den elenden Mordhetzer und alle, die sich zur Verbreitung dieses feigen Mordhetzblattes hergegeben haben, ausfindig zu machen und dafür zu sorgen, dass diese blutige Verbrecherpolitik ihre Ahndung findet«. Dies müsse geschehen, bevor die »blutlechenden Bestien der KPD ihr bei Max Warkus so erfolgreich gesetztes Ziel erreichen«.⁴⁹ Aus Sicht der KPD rief die LVZ damit wohl zu einer weiteren Denunziation auf, aus sozialdemokratischer Sicht hingegen ging es darum, Kriminelle der Polizei zu übergeben. Solche Denunziationen, Anschuldigungen, wobei sowohl die Denunziation selbst, im Fall der KPD, als auch die Anschuldigung der Denunziation, im Fall der SPD, Gegenstand einer Anschuldigung sein konnten, sowie weitere Aufrufe zu Denunziationen stellten mannigfache Misstrauensbeweise dar. Weder den Denunzianten noch denjenigen, die zur »Mordhetze« aufriefen, konnte vertraut werden.

Stellten Denunziationen gleichsam einen Ausschluss aus der Gemeinschaft dar, so lässt sich die explizite Weigerung von Kommunisten, sozialdemokratische Arbeiter der »Klassenjustiz« auszuliefern, als Angebot lesen, Vertrauen herzustellen und sie nach wie vor als Teil der Gemeinschaft zu betrachten. In diesem Sinne lässt sich ein Bericht der SAZ vom Dezember 1931 über eine Verhandlung gegen zwei Reichsbannerangehörige interpretie-

47 Das Streikbrecherbeispiel ist, in anderem Kontext, in meinem Aufsatz *Joachim C. Häberlen*, »Weiter haben sich besonders zwei Frauenpersonen hervorgetan.« Zur Rolle von Frauen in der Straßenpolitik am Ende der Weimarer Republik, in: *L'Homme. Zeitschrift für Feministische Geschichtswissenschaft* 23, 2012, S. 91–105, dargestellt.

48 SAZ, 12.5.1932.

49 LVZ, 20.5.1932.

ren. Diese hätten, so der Bericht, gemeinsam mit etwa 40 bis 50 anderen Reichsbannermännern eine Gruppe von »Arbeitern« am Karl-Heine-Platz angepöbelt. Als sich zwei »parteilose« Arbeiter dies verbat, wurden sie so schwer zusammengeschlagen, dass sich einer von ihnen mehrere Wochen in ärztliche Behandlung begeben musste. Als die beiden Reichsbannermitglieder vor Gericht standen, versuchten die beiden Zeugen der Anklage, die sich offen zur KPD bekannten, nichts Belastendes zu sagen, da sie die beiden Reichsbannerangehörigen nicht bestraft sehen wollten, auch wenn der Anwalt der beiden Reichsbannerleute die KPD heftig beleidigte. Dass das Strafmaß dennoch und trotz der unverschämten hohen Forderungen der Staatsanwaltschaft gering ausfiel, war jedenfalls, so die SAZ, Ergebnis der Klassensolidarität der beiden Kommunisten. »Reichsbannerproleten, wie lange wollt ihr euch noch gegen eure Klassengenossen missbrauchen lassen«, schloss der Artikel.⁵⁰ In einem ähnlichen Fall weigerte sich, so die SAZ im Juli 1932, ein kommunistischer Arbeiter, Strafantrag gegen einen »verhetzten« SPD-Arbeiter zu stellen, der ihn zusammengeschlagen hatte, um ihn nicht den »Krallen der faschistischen Justiz« auszuliefern. Schließlich hätten Kommunisten und Sozialdemokraten einen »gemeinsamen Feind«.⁵¹

Wenn es zutrifft, wie Ute Frevert argumentiert hat, dass Vertrauen zwischen Tätern und Opfern von Gewalt kaum existieren kann, dann stellte die Weigerung der beiden (angeblichen) kommunistischen Opfer eine Einladung dar, der Gewalt zum Trotz zu vertrauen.⁵² Zumindest implizit war damit aber auch die Forderung an Sozialdemokraten verbunden, es Kommunisten gleichzutun. Trotz der Gewalt, die Sozialdemokraten an Kommunisten verübt hatten, glaubten jene an Klassensolidarität; genauso sollten Sozialdemokraten an diese glauben, trotz der (weitaus schlimmeren) Gewalt, die Kommunisten verübt hatten. Ob diese Strategie aber Erfolg hatte, lässt sich, nicht zuletzt in Anbetracht des Mordes an Max Warkus, bezweifeln.

Schließlich waren auch Beziehungen innerhalb der KPD von einem tief sitzenden Misstrauen geprägt, wie Ermittlungen der Polizei im Sommer und Herbst 1931 zeigen.⁵³ Nach einer anonymen Anzeige – es mag durchaus der oben erwähnte Kurz gewesen sein, zumindest zeitlich würde es passen – gelang es der Polizei, illegale kommunistische Flugchriften zu beschlagnahmen, wobei sie auch einen Konflikt innerhalb der KPD entdeckte, im Zuge dessen auch eine Wohnungsdurchsuchung eines kommunistischen Funktionärs seitens der KPD durchgeführt worden war. Im Zentrum des Konflikts stand ein kommunistisches Ehepaar, das lange in der Partei aktiv gewesen war, die Frau sogar in »verantwortlichen und vertraulichen Positionen«.⁵⁴ Nun aber sahen sich beide Verleumdungen, Gerüchten und Verdächtigungen ausgesetzt, wobei unklar bleibt, worin diese genau bestanden. Der Ehemann forderte daher von der Unterbezirksleitung, die Vorwürfe überprüfen zu lassen, was auch geschah. In der Tat entlastete die Prüfung das Ehepaar, sodass es Hoffnung gab, das »weiter sich auswirkende Misstrauen unter den Funktionären« könnte beseitigt werden. Allein, die Hoffnung trog, die Verdächtigungen hielten an, sodass das Paar entnervt und krank nach Berlin zog. Das Beispiel zeigt, dass die KPD nicht nur, wie Klaus-Michael Mallmann überzeugend zeigen konnte, durch Spannungen zwischen einer »revolutionären Avantgarde« und einer »abwartenden Basis« geprägt war, sondern dass Konflikte und Spannungen auch die Arbeit an der Parteibasis prägten.

50 SAZ, 5.12.1931.

51 SAZ, 2.7.1932.

52 Ute Frevert, Rezension zu: Reemtsma, Jan Philipp: Vertrauen und Gewalt. Versuch über eine besondere Konstellation der Moderne. Hamburg 2008, in: H-Soz-u-Kult, 29.1.2009, URL: <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2009-1-077>> [9.7.2013].

53 Vgl. SStAL, PP S 1161, dort auch die folgenden Zitate.

54 Ebd. Das Zitat stammt aus einem Brief eines kommunistischen Funktionärs an die Parteiführung, den die Polizei bei einer Hausdurchsuchung fand.

Belege für die von Mallmann konstatierten Auseinandersetzungen zwischen Führung und Basis finden sich auch in Leipzig. Dabei spielte Misstrauen oftmals eine zentrale Rolle, wie ein Bericht einer Stadtteilsitzung, vermutlich einer ungenannt bleibenden Wehrorganisation, vom April 1931 verdeutlicht (die organisatorischen Details sind in diesem Zusammenhang weniger wichtig).⁵⁵ Im Zentrum der Diskussion standen verschiedene Ausschlussanträge. Einerseits hatte das Sekretariat (vermutlich des Unterbezirks Leipzig) den Ausschluss verdienter Mitglieder der Zelle beantragt, andererseits stellte die Zelle den Antrag auf Ausschluss zweier Funktionäre namens Röntig und Weiß. Die Vorwürfe, die gegen Röntig und Weiß vorgebracht wurden, verdienen, zitiert zu werden. So erklärte ein Genosse Maier, er habe »Vertrauen« in die eigene Führung, also in jene Genossen, die das Sekretariat ausschließen wollte, wo seiner Meinung nach »Spitzel« säßen. Andere Genossen bezeichneten Röntig und Weiß als Bonzen, sie seien mit Pappkartons in die Sowjetunion gefahren und mit teuren Lederkoffern wiedergekommen oder würden Genossen mit halben Litern Bier kaufen. Als der Delegierte des Sekretariats die aufmüpfigen Kommunisten aufforderte, belastende Dokumente dem Sekretariat vorzulegen, erklärte der Angesprochene: »[D]as könnte Euch so passen, damit Ihr das Material verschwinden lasst.« Bemerkenswert ist schließlich die etwas unklare Aussage eines Genossen namens Thau: »Unsere Kameraden sind alle reell, auch die Ausgeschlossenen.« Es lässt sich nur spekulieren, was Thau damit meinte: vermutlich, dass die ausgeschlossenen Genossen wirkliche Kommunisten waren und ehrlich für die Sache des Kommunismus stritten, während er die Führung verdächtigte, nur Bonzen oder Spitzel zu sein. Es zeigte sich, wie ein Genosse Kranz zusammenfassend festhielt, dass an der Basis »kein Vertrauen zum Sekretariat« bestand.

Richtet man den Blick auf die Parteien der Arbeiterbewegung, SPD und KPD, so zeigt sich nicht nur ein überaus zerstrittenes politisches Milieu, sondern ebenso eines, das von einem tiefen Misstrauen geprägt war. In dieser Situation fiel es schwer einzuschätzen, was wahr und was gelogen war – meinten es Kommunisten »ehrlich«? War der »oppositionelle« Sozialdemokrat wirklich SPD-Mitglied? Entsprachen Berichte über eine Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten der Wahrheit? Antworten auf diese Fragen dürften eher skeptisch ausgefallen sein. Eine Mobilisierung der Arbeiterbewegung, insbesondere über Parteigrenzen hinweg, war in dieser Situation nur schwer vorstellbar. Angesichts dieses Misstrauens hätten wohl selbst *wahre* Berichte von einer Zusammenarbeit gegen die Nationalsozialisten kaum mobilisierend wirken können.

III. POLITISIERUNG DES ALLTAGS

Blickt man in die Literatur zum sozialdemokratischen Milieu, so erscheint die Verschränkung von Politik und geselligem Vereinsleben als eine Stärke der deutschen Arbeiterbewegung, da es ihr, so die These, gelang, den Alltag der Arbeiter zu durchdringen. Diese Perspektive soll im Folgenden hinterfragt werden, indem die Rolle von (vor allem kommunistischer) Parteipolitik im Alltag analysiert wird. Unter Politisierung des Alltags soll dabei zweierlei verstanden werden: erstens, dass (partei-)politische Konflikte in Alltagsräumen, etwa im Schwimmbad, am Arbeitsplatz, auf der Stempelstelle oder auf der Straße, ausgetragen wurden, sowie zweitens, dass alltägliche Konflikte, etwa zwischen Vater und Sohn oder zwischen Kollegen am Arbeitsplatz, eine politische Bedeutung erhielten, die

⁵⁵ Bericht über die Sitzung der erweiterten Stadtteilleitungssitzung Stadtteil A, 9.4.1931, BArch, RY 1 I/3/8-10/154, Rundschreiben, Berichte, Schriftwechsel des UB Leipzig, Bl. 149ff. Dort auch die folgenden Zitate. Bei dem Text handelt es sich um einen Bericht eines Delegierten der Unterbezirksleitung Leipzig, der die Stadtteilzelle kontrollieren sollte.

über den Konflikt zwischen den im engeren Sinne Beteiligten hinaus auf die gesamte Ordnung des Gemeinwesens verwies. Politik, in anderen Worten, fand überall im Alltag statt. Dabei spielten Milieustrukturen eine zentrale Rolle, schufen sie doch, so das Argument, gleichsam Möglichkeiten, wie parteipolitische Konflikte zwischen SPD und KPD in den (geselligen) Alltag organisierter Arbeiter eindringen konnten. Vereine stellten, hier folge ich Klaus-Michael Mallmann, eine Art Kommunikationsraum dar, in dem Kommunisten und Sozialdemokraten interagieren konnten und mussten. Allerdings wurden hier, ebenso wie etwa in Familien oder am Arbeitsplatz, wo Anhänger beider Parteien zusammenkamen, keine Gräben zwischen KPD und SPD abgebaut, sondern vielmehr vertieft. Die Spaltung der Arbeiterbewegung vollzog sich so auch an der Basis. Auf der anderen Seite aber konnten diese politischen Konflikte, wie auch politische Agitation ganz allgemein, zu einer politischen »Belästigung« werden, wenn sich Arbeiter, und zwar selbst solche, die in der KPD organisiert waren, nach der apolitischen Ruhe und Geselligkeit etwa im Verein oder Schwimmbad sehnten. Die Politisierung des Milieus führte gleichsam zu einer Gegenbewegung, die letztlich das *politische* Milieu schwächte. Schließlich offenbarten sich hinter den Konflikten zwischen SPD und KPD, wie bereits angedeutet wurde, Konflikte über die Formen politischer Praxis – wie sollte Politik aussehen, und wo sollte sie stattfinden? Pointiert formuliert führte die Überpolitisierung des Milieus mit zu dessen Auflösung. Allerdings lässt sich diese Politisierung des Milieus nicht nur in Vereinen, sondern ebenso im familiären und nachbarschaftlichen Kontext, am Arbeitsplatz sowie im Kontext der kommunalen Wohlfahrt beobachten, weshalb im Folgenden Beispiele aus all diesen Bereichen vorgestellt werden sollen.⁵⁶

In einem in der frühen DDR verfassten Erinnerungsbericht bemerkte Gert Zschocher, es sei »in der Zeit der Weimarer Republik etwas Alltägliches [gewesen], dass die ideologischen Auseinandersetzungen quer durch die Familien gingen. Wenn die jeweiligen Familien nur groß genug dazu waren, so konnte man in ihnen antreffen: Gläubige, Atheisten, Rechtsradikale, Sozialdemokraten, Kommunisten«.⁵⁷ Zschochers eigene Biografie bietet ein Beispiel hierfür, entstammte er selbst doch einer sozialdemokratischen Familie, trat aber als Jugendlicher von der SAJ zum Kommunistischen Jugendverband Deutschlands über. Es ist schwierig, anhand zeitgenössischer Quellen zu überprüfen, ob Zschocher die Lage richtig einschätzte, auch wenn fiktionale Quellen sowie sporadisch andere Quellen daraufhin deuten.⁵⁸ In diesen Darstellungen war typischerweise der Vater Mitglied der SPD, während sich der Sohn der KPD anschloss. Frauen hingegen agierten oft, gerade in fiktionalen Quellen, als Vermittlerinnen, hielten sich selbst aber von Parteipolitik fern. Entscheidend ist die Frage, welche Konsequenzen solche ideologischen oder politischen Auseinandersetzungen innerhalb von Familien hatten. Stellten Familien gleichsam einen Schutzraum vor politischen Spannungen dar, oder konnte Politik Familien auch entzweien?

Eine statistisch eindeutige Antwort kann es kaum geben, da harmonische Beziehungen seltener als Konflikte Eingang in die Quellen gefunden haben dürften. Aus diesem Grund ist der Konflikt zwischen dem Kommunisten Johannes Franke und seinem Vater, einem

56 Vgl. zu diesen Überlegungen mit weiteren Beispielen *Joachim C. Häberlen*, *Contesting the Political. Conceptions of the Political in the Working-Class Movements of Leipzig and Lyon during the Interwar Period*, in: *Contemporary European History* 22, 2013, S. 33–63; *ders.*, *Klassenkampf an allen Fronten oder politische Belästigung? Umstrittene Räume des Politischen innerhalb der Leipziger Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik*, in: *Werkstatt Geschichte* 59, 2011, S. 79–91. Vgl. auch *Sabine Marquardt*, *Polis contra Polemos. Politik als Kampfbegriff in der Weimarer Republik*, Köln 1997.

57 SStAL, *Erinnerungen*, V/5 401/1, S. 3. Ähnlich: *Erinnerungen*, V/5 243.

58 Vgl. etwa die Romane von *Hans Fallada*, *Kleiner Mann – was nun?* Berlin 1932; *Walter Schönstedt*, *Kämpfende Jugend. Roman der arbeitenden Jugend*, Berlin 1932. Vgl. auch SAZ, 12.3.1932. Ähnlich: SStAL, *Erinnerungen*, V 5/413.

alten Sozialdemokraten, von besonderem Interesse, da er nur durch Zufall aktenkundig wurde. Franke war bei der kommunistischen Landagitation im nahe gelegenen Eythra von Nazis ermordet worden. Sein Vater erfuhr davon aus der Zeitung und begab sich daraufhin zur Polizei, um seinen Sohn zu identifizieren. Auf der Wache schilderte er den Beamten seinen Konflikt mit Johannes. Bis zum 18. Lebensjahr hätte er »alle Freude« mit Johannes gehabt, dann aber trat eine »Wendung« ein. Als er bemerkte, dass sich Johannes einer syndikalistischen Gruppe angeschlossen hatte, nahmen die Spannungen weiter zu, bis Johannes das Haus verließ und nach Holland ging. Zwar fand er nach seiner Rückkehr kurzzeitig wieder Aufnahme bei seinem Vater, aber da sich Johannes nicht geändert hatte, kehrte er seinem Vater erneut den Rücken.⁵⁹ Wann genau sich Johannes der KPD angeschlossen hatte, bleibt unklar, aber es ist davon auszugehen, dass die politischen Differenzen das Verhältnis zwischen Vater und Sohn weiter belasteten. Gleichzeitig zeigt der Fall aber auch, wie schwierig eine Interpretation solcher Vorkommnisse ist, bleibt doch unklar, ob ein politischer Konflikt zwischen Vater und Sohn am Anfang stand, oder ob Johannes' Hinwendung zunächst zum Syndikalismus, später zum Kommunismus, nur Ausdruck eines ohnehin schwierigen Verhältnisses zwischen Vater und Sohn war.

Der Konflikt zwischen Vater und Sohn endete allerdings nicht mit Johannes' Tod. Als Sozialdemokrat bat sein Vater den ebenfalls sozialdemokratischen Freidenker Meyer die Trauerrede zu halten und insistierte darauf, dass Kommunisten dem Begräbnis fernbleiben sollten. Meyer nutzte die Rede, um die gewaltsame Politik sowohl von Nationalsozialisten wie auch Kommunisten anzugreifen. Politische Differenzen sollten ohne Dolch und Revolver gelöst werden: »Es geht doch auch mit Vernunft!« Die kommunistischen Genossen Frankes, die den Wünschen der Familie zum Trotz gekommen waren, um ihrem Genossen das letzte Geleit zu geben, reagierten verständlicherweise empört auf diese Angriffe.⁶⁰ Der Mord an Franke und sein Begräbnis hätten eine Gelegenheit zur zumindest temporären Versöhnung beider Lager bieten können, etwa in Form einer gemeinsamen Totenwache, die laut Mallmann regelmäßig stattfanden. Schließlich hatte Franke doch einerseits über seine Familie Verbindung zum sozialdemokratischen Lager, gehörte aber andererseits ebenso zum kommunistischen Lager.⁶¹ Dazu aber kam es nicht, da die Beziehung zwischen Vater und Sohn vermutlich durch politische Differenzen zu sehr zerstört war. Der Fall zeigt somit exemplarisch einerseits, wie Politik familiäre Beziehungen zerstören konnte und dass familiäre Bindungen politische Differenzen eben nicht unbedingt überbrücken konnten. Andererseits wird deutlich, welche unterschiedlichen Vorstellungen von Politik und der Rolle von Gewalt Sozialdemokraten und Kommunisten hatten.

Politik konnte Familien entzweien, sie konnte aber auch, gerade im nachbarschaftlichen Kontext, schlicht zu einer Belästigung werden. So beklagte sich ein gewisser Herr Jessler im Anschluss an den oben geschilderten Konflikt zwischen Kahn und Kesserich gegenüber der Polizei über die Familie Benz (Elisabeth Benz sowie ihre 17-jährige Tochter Ilse und den 15-jährigen Sohn Herbert; der Vater war auf Distanz zu seinen Kindern gegangen), die im gleichen Haus wie Jessler wohnte: »Es vergeht fast keine Woche ohne Streitigkeiten zwischen den Benz und Andersdenkenden. Jede Kleinigkeit wird von ihnen ins Politische gezogen, wodurch die Polizei zum Einschreiten veranlasst wird.« In der Tat kam es vor dem Haus immer wieder zu Ansammlungen von Kommunisten und Sozialdemokraten, die regelmäßig in Ausschreitungen mündeten.⁶² Was genau Jessler damit meinte, dass »jede Kleinigkeit [...] ins Politische gezogen« wurde, bleibt allerdings unklar. Vermutlich erhielten kleine Alltagskonflikte eine politische Dimension und eskalierten so.

59 SStAL, PP S 295/15.

60 Vgl. SAZ und LVZ, 20.6.1930.

61 Mallmann, Kommunisten in der Weimarer Republik, S. 376.

62 SStAL, PP S 1451.

Jessler wenigstens scheint die Politisierung seines Alltags, in diesem Falle durch eine nationalsozialistische Familie, als Belästigung empfunden zu haben.

Auch in anderen Bereichen konnte Parteipolitik spaltend, aber eben auch belästigend sein. Gegenstand von Konflikten war dabei keineswegs nur Politik selbst, sondern ebenso die Frage, wo Politik überhaupt stattfinden sollte. Zumindest laut den Vorgaben der Parteiführung sollte Politik für Kommunisten stets oberste Priorität haben. So hieß es in der SAZ im Dezember 1930 über Konflikte zwischen sozialdemokratischer Führung und kommunistischer Opposition im Konsumverein (KV):

»Ein Kommunist verkauft nicht wegen seiner Existenz im KV seine Überzeugungen, auch dann nicht, wenn ihm mit Entlassung gedroht wird. Ja, auch in dieser Frage unterscheiden wir uns von der SPD. Wir kämpfen an allen Fronten des Klassenkampfes, gleichviel ob im KV oder im Privatbetrieb oder auf der Stempelstelle.«⁶³

Allerdings teilten keineswegs alle Kommunisten diese Auffassung, wie zu sehen sein wird. Gerade in den Vereinen, aber auch im betrieblichen Kontext, lehnten sie, sehr zum Leidwesen ihrer Parteioberen, »politische Leitungen« immer wieder ab.⁶⁴ Das sozialdemokratische Politikverständnis hingegen kam, vielleicht etwas überpointiert, in einem Leserbrief an die LVZ zum Ausdruck, der sich im September 1931 über das »unsinnige Diskutieren« vor dem Volkshaus beschwerte, das dieses kaum einladend wirken ließ. Nötige Diskussionen könnten, so der Leserbriefschreiber, in den Räumen der Organisationen stattfinden, aber nicht auf dem Bürgersteig.⁶⁵ Ebenso wenig gehörte Politik aus sozialdemokratischer Sicht in öffentliche Freibäder, wo man sich entspannen und den politischen Konflikten entfliehen wollte, aber von kommunistischen Agitatoren gestört wurde⁶⁶, in Arbeitersportvereine oder an den Arbeitsplatz.

Arbeitervereine bieten einen ersten Bereich, diesen Konflikten nachzuspüren.⁶⁷ Nach dem Schisma der Arbeiterbewegung im Gefolge der Russischen Revolution hatten Kommunisten und Sozialdemokraten in den Vereinen zunächst noch zusammengearbeitet. Gegen Ende der 1920er Jahre kam es jedoch vermehrt zu Konflikten zwischen Anhängern beider Parteien. Einerseits spielte dabei die ultralinke Wende der Kommunistischen Internationale, und damit auch der KPD, eine Rolle, die nun im Zuge der »Sozialfaschismusthese« in der Sozialdemokratie den Hauptfeind erblickte.⁶⁸ Daher, so die Vorgabe der Parteiführung, sollten Kommunisten sich innerhalb der Vereine zu Fraktionen zusammenschließen oder gar eigene Vereine gründen, wobei die »Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit« nur die wichtigste war. Auf der anderen Seite aber betrieb auch die SPD, vor allem innerhalb des ATSB unter Leitung des rechten Sozialdemokraten Cornelius Gellert, zunehmend eine Ausschlusspolitik gegenüber Kommunisten.

63 SAZ, 10.12.1930.

64 Vgl. etwa Protokoll der Fraktionssitzung der Sportler, 26.9.1930, BArch, RY 1 I/3/8-10/156, Rundschreiben, Berichte, Schriftwechsel der Abteilung Sport des UB Leipzig, Bl. 24. Vgl. auch zahlreiche Berichte der Abteilung Gewerkschaft, BArch, RY 1 I/3/8-10/155, Rundschreiben, Berichte, Schriftwechsel der Abteilungen des UB Leipzig, Bl. 247–302.

65 LVZ, 17.9.1931.

66 Zu kommunistischer Badeagitation und den sozialdemokratischen Reaktionen vgl. SAZ, 25.8.1932; Rundschreiben 30.7.1930, Abteilung Agit-Prop, BArch, RY 1 I/3/8-10/155, Rundschreiben, Berichte, Schriftwechsel der Abteilungen des UB Leipzig, Bl. 136; Winke für die Agitation, BArch, RY 1 I/3-8/166, Agit-Prop Rundschreiben, Bl. 31ff.; LVZ, 19.8.1932 und 2.9.1932.

67 Vgl. in diesem Kontext *Frank Heidenreich*, Arbeiterkulturbewegung und Sozialdemokratie in Sachsen vor 1933, Köln 1995.

68 Vgl. hierzu *Hermann Weber*, Zur Politik der KPD 1929–1933, in: *Scharrer*, Kampflose Kapitulation, S. 121–159; *ders.*, Hauptfeind Sozialdemokratie. Strategie und Taktik der KPD 1929–1933, Düsseldorf 1982; *Siegfried Bahne*, »Sozialfaschismus« in Deutschland. Zur Geschichte eines politischen Begriffs, in: *International Review of Social History* 10, 1965, 211–244.

Die Konflikte, die sich innerhalb der Sportvereine ergaben, lassen sich am besten anhand des Fußballbundes Leipzig darstellen, da Willy Meißner, Präsident des Ersten Bezirks der Sächsischen Spielvereinigung, sie in einer publizierten Rede über die »sportpolitische Lage« öffentlich machte.⁶⁹ Meißner, der KPD-Mitglied war, sollte für seine Partei Fraktionsarbeit leisten und unzufriedene Fußballer für die KPD rekrutieren, was er aber verweigerte. Die KPD, so führte er aus, erwartete von ihren Mitgliedern, dass sie »in allererster Linie Kommunisten und dann Arbeitersportler« seien. Wer die Befehle der Parteizentrale nicht befolgte, dem wurde mit Ausschluss gedroht. Meißner aber war die Loyalität zu seinem Verein wichtiger als der »Kadavergehorsam«, der in der KPD herrschte. Dabei ging es, wie Meißner betonte, nicht um »weltpolitische Probleme« oder die »Beschlüsse des 6. Weltkongresses der Komintern«, die er nicht diskutieren wollte. Vielmehr standen die politischen Praktiken der KPD im Zentrum seiner Kritik. So hätte er beispielsweise Vereinsinterna an die Partei weitergeben sollen, damit diese unzufriedene Sportler direkt hätte ansprechen können. »Spitzeldienste« zu leisten aber weigerte sich Meißner. In der Diskussion, die den Ausführungen Meißners folgte, verwiesen zwar einige Kommunisten darauf, dass es stets politische Führungen gegeben hätte und auch die sozialdemokratische Bundesführung »Dreck am Stecken« hätte. Andererseits aber distanzieren sich auch andere KPD-Angehörige von den Methoden ihrer Partei.

Der hier knapp vorgestellte Fall zeigt exemplarisch die verschiedenen Dimensionen der Konflikte in Vereinen.⁷⁰ Einerseits ging es darum, welche Partei, SPD oder KPD, in den Vereinen die Vormacht hatte. Diesen Kampf entschied die sozialdemokratische Mehrheit zumeist für sich. Andererseits ging es aber auch um die Rolle, die Politik innerhalb der Vereine spielen sollte. Während die kommunistische Parteiführung Vereine als »Sammelbecken für die proletarischen Kämpfe« nutzen wollte, versuchte die SPD, Politik zumeist aus den Vereinen fernzuhalten. Laut SAZ war es Jugendsektionen sogar verboten, über Politik zu diskutieren.⁷¹ Allerdings empfanden selbst manche Kommunisten die dauernden Versuche der KPD, über Politik zu reden, als störend, wie der leicht genervte Verweis Meißners auf die Diskussionen über den 6. Weltkongress der Komintern andeutet. Das Problem waren nicht politische Meinungen, die immer geachtet worden seien, wie Meißner betonte, sondern die permanente Diskussion von Politik.

Ähnliche Konfliktlinien ergaben sich bei kommunistischer Agitation in den Betrieben, wie ein Beispiel aus den Leipziger Verkehrsbetrieben, wo die Kommunisten eine relativ starke Position hatten und es immer wieder zu Konflikten mit Sozialdemokraten kam, illustrieren soll.⁷² Unter dem Titel »Auch Kommunisten müssen schaffen« berichtete die LVZ im Sommer 1929 über kommunistische Agitation in der Straßenbahnwerkstätte Heiterblick:

»Unaufhörlich glauben diese Überradikalen verpflichtet zu sein, die von Moskau, Berlin oder aus Czermarks Garten [wo die Leipziger KPD ihren Sitz hatte] empfangenen Parolen zu verkünden. Die Schwätzer und Nachbeter der Stalinschen Kirche fragen dabei nicht danach, ob jemand über-

69 *Cornelius Gellert*, Kampf um die Bundeseinheit. Zusammengefasst unter Verwendung der Niederschrift über die Verhandlungen der Vorstände-Konferenz der Sächsischen Spielvereinigung vom 28. September 1929, Leipzig 1929. Ich habe den Fall ausführlich diskutiert in *Joachim C. Häberlen*, Indépendance du sport ou lieu de politisation. La relation problématique entre le mouvement sportif ouvrier et les partis ouvriers à la fin de la République de Weimar, in: *Jay Rowell/Ane-Marie Saint-Gille* (Hrsg.), *La société civile organisée aux XIXe et XXe siècles. Perspectives allemandes et françaises*, Lyon 2010, S. 275–285.

70 Vgl. auch zu Kommunisten im Arbeiter-Samariter-Bund etwa Fraktionsbericht der Arbeiter-Sanitäter Leipzig, 15.8.1930, BArch, RY 1 I/3/8-10/156, Rundschreiben, Berichte, Schriftwechsel der Abteilung Sport des UB Leipzig, Bl. 57.

71 SAZ, 7.8.1930.

72 Vgl. hierzu *Wolfgang Zollitsch*, Die Vertrauensratswahlen von 1934 und 1935. Zum Stellenwert von Abstimmungen im »Dritten Reich« am Beispiel Krupp, in: GG 15, 1989, S. 361–381.

haupt gewillt ist, ihr bolschewistisches Ragout zu genießen: sie setzen es allen vor, die erreichbar sind.«⁷³

Vor lauter Agitieren habe nun ein kommunistischer Dreher »vergessen«, dass auch in den der öffentlichen Hand gehörenden Betrieben gearbeitet werden müsse, was sein langsames Arbeitstempo belegen sollte.⁷⁴ Auch in dieser Polemik stand mithin nicht der Inhalt kommunistischer Politik, sondern deren Praxis, ohne Unterlass zu agitieren, im Vordergrund der Kritik. Die kommunistische SAZ reagierte auf diese Vorwürfe, indem sie der LVZ vorwarf, die Straßenbahndirektion offen aufzufordern, Arbeiter, die angeblich nicht genug leisteten, aus dem Betrieb zu entfernen. Nicht der Dreher, so hieß es ein paar Tage später, sondern das schlechte Material und eine alte Maschine hätten Schuld an seinem Arbeitstempo.⁷⁵ Akten der Straßenbahndirektion bestätigen diese Sichtweise und fügten hinzu, dass der Dreher Kriegsversehrter war, was ein weiterer Grund für sein langsames Arbeiten war. Dies aber hinderte die Direktion nicht daran, den Dreher zu ermahnen.⁷⁶

Zu parteipolitischen Konflikten kam es schließlich auch im Kontext der Sozialfürsorge, die im Zuge der rasant ansteigenden Arbeitslosigkeit während der Weltwirtschaftskrise immer wichtiger wurde.⁷⁷ Immer wieder versuchten beispielsweise Kommunisten auf Arbeitsnachweisen, Erwerbslose mittels Handzetteln zu agitieren, auch wenn die Behörden versuchten, dagegen vorzugehen.⁷⁸ Sozialdemokraten hingegen verteilten an diesen Orten Flugblätter, die Erwerbslose über ihre Rechte aufklären sollten, wobei sie in Konflikt mit Kommunisten gerieten, die ihnen Flugblätter entreißen wollten.⁷⁹ Bemerkenswert ist mit Blick auf unterschiedliche Politikvorstellungen, dass Sozialdemokraten einzig aufklären wollten. Erwerbslose selbst zu politischen Akteuren über eine Beteiligung an Wahlen hinaus zu machen, war allerdings nicht Teil der sozialdemokratischen Strategie. Entsprechende Versuche der KPD wurden daher von Sozialdemokraten auch scharf kritisiert.⁸⁰

Dabei tendierte die kommunale Wohlfahrtsfürsorge in Leipzig strukturell zu einer gewissen Politisierung, übernahmen doch ehrenamtliche »Fürsorgepfleger« die Betreuung der Fürsorgeempfänger. Diese Fürsorgepfleger durften von den in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Parteien nach Proporz bestimmt werden, was theoretisch bedeutet hätte, dass auch die KPD Fürsorgepfleger hätte stellen können. In der Praxis aber wollten nur wenige Kommunisten diese Tätigkeit übernehmen, sehr zum Ärger der Parteiführung.⁸¹ Ein Ergebnis dieser Politisierung der kommunalen Wohlfahrt war, dass es immer wieder zu Konflikten zwischen kommunistischen Fürsorgeempfängern und sozialdemokratischen Pflegern kam, die vor allem von der kommunistischen Presse ausführlich dargestellt und inszeniert wurden.

Ein Beispiel mag zur Illustration genügen. Im Sommer 1930 berichtete die SAZ, ein sozialdemokratischer Fürsorgepfleger namens Heidenreich habe eine Fürsorgeempfängerin

73 LVZ, 1.8.1932.

74 Ebd.

75 SAZ, 3.8.1932 und 6.8.1932.

76 Stadtarchiv Leipzig (StAL), Kapitelakten 70, Nr. 214, Bd. 6.

77 Zur kommunalen Wohlfahrt in Leipzig vgl. *Paul Brandmann*, Leipzig zwischen Klassenkampf und Sozialreform. Kommunale Wohlfahrtspolitik zwischen 1890 und 1929, Köln 1998; *Julia Paulus*, Kommunale Wohlfahrtspolitik in Leipzig 1930 bis 1945. Autoritäres Krisenmanagement zwischen Selbstbehauptung und Vereinnahmung, Köln 1998.

78 Vgl. etwa Bericht der Beamten-gewerkschaft Leipzig an den Rat der Stadt Leipzig, 7.3.1931, StAL, Armen-, Fürsorge- und Sozialamt, Nr. 2379.

79 LVZ, 21.2.1930. Ähnlich: LVZ, 24.4.1930 und 15.7.1931.

80 Vgl. etwa LVZ, 16.1.1930.

81 Fürsogerundschreiben, 12.3.1929, BArch, RY 1 I/3/10/132, Kompol Rundschreiben, Bl. 21.

namens Reichert – ob diese der KPD angehörte oder nur mit ihr sympathisierte, bleibt unklar – geschlagen, als Reichert um Essensmarken für ihr krankes Kind bat. Dabei erlitt Reichert, so die SAZ, gar einen Nervenschock und musste ins Krankenhaus eingeliefert werden.⁸² Die LVZ stellte den Sachverhalt deutlich anders dar. Ihr zufolge habe Reichert schon länger Schwierigkeiten gemacht. Als nun ihre Unterstützung um 60 Pfennig gekürzt werden sollte, beschimpfte sie Heidenreich wüst. Dieser versuchte vergeblich, Reichert zu beruhigen. »Als Genosse Heidenreich sich auch weiter nicht provozieren ließ, ging Frau Reichert auf ihn wie eine Furie los, kratzte ihn im Gesicht, riss ihm sein Hemd in Stücke und attackierte auch Frau Heidenreich, die die rasende Frau aus der Wohnung drängen wollte.«⁸³ Aus Sicht der KPD hatte der Konflikt zwischen Reichert und Heidenreich eine politische Dimension. Er zeigte, dass sich Sozialdemokraten auch im Alltag von der Arbeiterklasse und ihren Leiden entfernt hatten. Die sozialdemokratische LVZ hingegen nutzte den Konflikt einerseits, um die sozialdemokratischen Tugenden Heidenreichs herauszustreichen, der, ähnlich der sozialdemokratischen Führung, Ruhe und Besonnenheit bewahrte. Andererseits versuchte sie, den Konflikt zu psychologisieren und damit zu entpolitisieren, indem sie Reichert als irrationale »Furie« darstellte.

Die in aller Kürze vorgestellten Beispiele deuten erstens an, dass es in vielerlei Alltagssituationen zu (partei-)politischen Konflikten kommen konnte: in der Familie, im Treppenhaus, im Schwimmbad, im Verein, am Arbeitsplatz oder beim Besuch des Fürsorgepflegers. Diese Konflikte trugen dazu bei, dass die Differenzen zwischen KPD und SPD nicht auf die Parteiführungen beschränkt blieben, sondern sich an der Basis reproduzierten. Gleichzeitig aber gab es, sowohl bei Sozialdemokraten als auch bei Kommunisten, den Wunsch nach Bereichen, die frei von Politik bleiben sollten, oder in denen Politik wenigstens keine Priorität haben sollte. Schließlich offenbarten diese Konflikte auch unterschiedliche Politikverständnisse aufseiten von SPD und KPD. Während die KPD tendenziell überall agitieren wollte, versuchte die SPD, den Raum des Politischen zu beschränken. Selbst wenn sich beide Parteien darauf geeinigt hätten, den gemeinsamen Feind NSDAP zu bekämpfen, so hätten sie sich, pointiert formuliert, doch kaum auf das Terrain einigen können, auf dem er zu bekämpfen wäre. All diese Entwicklungen trugen zu einem Zerfall und zu einer Fragmentierung des Milieus bei, die einer Mobilisierung gegen Rechts entgegenstanden.

IV. SCHLUSS: ZUM VERHÄLTNIS VON SOZIALISMUS UND DEMOKRATIE

An der Basis, so lässt sich zusammenfassend festhalten, erodierte das linksproletarische Milieu aus einer Vielzahl von Gründen, ohne dass hier ein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben werden soll. Die Zunahme politischer Gewalt sowie die Territorialisierung von Politik im lokalen Rahmen, bedingt nicht zuletzt durch den Aufstieg der nationalsozialistischen Bewegung, auf den Kommunisten mit Gewalt reagierten, führte dazu, dass auch Konflikte zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten immer wieder mit Gewalt ausgetragen wurden, wobei es vor allem Kommunisten waren, die ›ihre‹ Territorien gegen Sozialdemokraten verteidigen wollten. Sozialdemokraten hingegen sprachen der Gewalt ihren politischen Charakter ab. Politik sollte »mit Vernunft« und nicht mittels Gewalt geschehen. Zweitens waren die Beziehungen sowohl zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten wie auch innerhalb der jeweiligen Parteien durch ein tiefes Misstrauen geprägt, nicht zuletzt durch die Gewalt zwischen Anhängern beider Parteien. Dieses Misstrauen machte es unmöglich zu wissen, wer die Wahrheit sagte und wer log. Schließlich

82 SAZ, 26.7.1930.

83 LVZ, 2.8.1930.

fürten parteipolitische Konflikte im Alltag sowie unterschiedliche Vorstellungen von Formen politischer Praxis und damit politischer Partizipation aufseiten von SPD und KPD zu einer Erodierung des Milieus an der Basis.

Diese unterschiedlichen Vorstellungen von Formen politischer Praxis sind für das Verhältnis von Sozialismus und Demokratie im linksproletarischen Milieu in der Weimarer Republik entscheidend. Einerseits verbanden Kommunisten und Sozialdemokraten gemeinsame, wenn auch überaus vage Vorstellungen vom Sozialismus, beispielsweise die Idee der Emanzipation der Arbeiterklasse, gemeinsame Traditionen der Arbeiterbewegung oder der Glaube an die Wichtigkeit einer geeinten Arbeiterbewegung. Dieser gemeinsame Rahmen bot allerdings auch Anlass zur gegenseitigen Kritik, wenn sich Sozialdemokraten und Kommunisten etwa vorwarfen, mit ihren Aktionen und Entscheidungen der Arbeiterklasse letztlich nur zu schaden. Wie also Sozialismus konkret aussehen sollte und welcher Weg dorthin führen sollte, war umstritten.

Dieser Konflikt betraf auch das Verständnis von Formen politischer Partizipation und damit letztlich von Demokratie. Dem sozialdemokratischen Politikverständnis zufolge sollte Politik ›vernünftig‹ in den Gremien der Parteien oder in Parlamenten stattfinden. Die politische Partizipation einfacher Parteimitglieder beschränkte sich auf Wahlagitatorik oder die Teilnahme an großen Demonstrationen der Stärke der Sozialdemokratie sowie auf den Wahlakt selbst. Kommunisten versuchten demgegenüber, politisch zu agieren und zu agitieren, wo auch immer sie konnten – in der Nachbarschaft, in Freizeitorganisationen, auf der Straße, der Stempelstelle oder im Betrieb, alles Orte, an denen aus sozialdemokratischer Sicht keine Politik stattfinden sollte. Kommunisten und Sozialdemokraten trennten also nicht nur unterschiedliche politische Zielvorstellungen, sondern unterschiedliche Vorstellungen von Formen und Orten politischer Praxis. Diese Trennung zu überwinden, um einen gemeinsamen Feind, die Nationalsozialisten, zu bekämpfen, erwies sich nicht zuletzt deshalb als unmöglich, weil Sozialdemokraten letztlich Kommunisten und Nationalsozialisten aus den gleichen Gründen kritisierten: Was diese betrieben, war keine wirkliche, ernsthafte Politik, sondern gewaltsamer Radau und Klamauk im Parlament, was die SPD strikt ablehnte. Der Vergleich mit der französischen Volksfront ist hier instruktiv. Auch in Frankreich bestanden tiefe politische Differenzen zwischen Kommunisten und Sozialisten. Allerdings betrachteten beide die Straße und die dort stattfindenden Demonstrationen als legitime Orte und Formen von politischer Praxis, was ihnen eine temporäre Überwindung der existierenden Differenzen erleichterte.⁸⁴

84 Zur Volksfront vgl. etwa *Julian Jackson*, *The Popular Front in France. Defending Democracy, 1934–38*, Cambridge/New York etc. 1988; *Antoine Prost*, *Autour du Front populaire. Aspects du mouvement social au XXe siècle*, Paris 2006; *Xavier Vigna/Jean Vigneux/Serge Wolikow* (Hrsg.), *Le Pain, la Paix, la Liberté. Expérience et Territoires du Front Populaire*, Paris 2006; *Gilles Morin/Gilles Richard* (Hrsg.), *Les deux France du Front populaire. Chocs et contrechocs*, Paris 2008; *Serge Wolikow*, *Le Front populaire en France*, Paris 1996. Der vergleichende Aspekt ist in meinem Buch *Häberlen, Politik und Vertrauen*, ausführlicher behandelt. Vgl. zur Volksfront in Lyon auch meinen Aufsatz *Joachim C. Häberlen, Mobilisierung, Politisierung und Zerfall. Aufstieg und Fall des Front populaire in Lyon, 1934–1938*, in: *Francia* 38, 2011, S. 150–168.

